

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
Sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung

Mit dem vorliegenden Antrag beantragen wir die FDP / FW Fraktion die Schaffung einer Planstelle Wirtschaftsförderung

Den Gegenstand sowie die Begründung konnten Sie in der Sachdarstellung sowie aus unseren beigefügten Antrag zur Beschlussvorlage entnehmen.

Wenn Sie diese gewissenhaft gelesen haben und meiner Augmentation im Stadtrat vom 11.03.2021 auch Aufmerksam zugehört haben, so dürfte Ihnen aufgefallen sein das wir nichts Unmögliches wollen was für unsere Stadt von Wichtigkeit ist.

Lasen Sie mich an Hand eines kleinen Rechenbeispiels aufzeigen wie sich unsere Gewerbesteuereinnahm unsere Personalkosten und Gewerbeflächen entwickelt haben und in Zukunft entwickeln werden.

2004

Personalkosten = 9,5 Mio. €

Gewerbesteuereinnahmen = 6,6 Mio. €

Noch freie städtische Gewerbeflächen = ca. 24 ha
von ca. 115 ha ges. Gewerbeflächen in Döbeln

Die Differenz zwischen Gew.St. Einnahmen zu den Personalkosten.
betrug in 2004 = 2.7 Mio. €

2021

Personalkosten = 15,0 Mio. €

Gewerbesteuereinnahmen = 8,0 Mio. €

Nur noch freie städtische Gewerbeflächen = ca. 9,2 ha

Die Differenz zwischen Gew.St. Einnahmen zu den Personalkosten.
betrug in 2021 schon = 7.0 Mio. €

Die Mehreinnahmen aus der Gew.St. in 17 Jahren betrug = 1,4 Mio. €
das sind = 80.000,00 € pro Jahr

Die Personalkosten erhöhten sich von 2004 – 2021 auf = 4,5 Mio. €
Das ergibt einen Durchschnitt von = ca. 265.000,00 € pro Jahr an Mehrkosten

Die Prognose wird für 2031 könnte dann wie folgt aussehen
Personalkosten mit 3 % Lohnkostensteigerung (Tariferhöhungen)
Bei 15,0 Mio. € x 3,0 % = ca. 500.000,00 € / Jahr x 10 sind dann mind. 5,0 Mio. €
und mit Sicherheit eher Höher

Die Personalkosten werden somit in 2031 bei mind. 20,0 Mio. € liegen

Die Prognose Gewerbesteuereinnahmen für 2031
mit dem Durchschnitt aus 2004 – 2021 berechnet
= 80.000,00 € / Jahr x 10 Jahre = 800.000,00 € ges. 8,8 – 9,0 Mio. €

Die Differenz zwischen Gew.St. Einnahmen zu den Personalkosten betragen
dann schon ca. 11,0 Mio. €

Das sind = 4,0 Mio. € an Mehrkosten gegenüber 2021 die erwirtschaftet werden
sollten oder an anderer Stelle fehlen werden.

Und auch die letzten freien städtischen Gewerbeflächen werden bis dahin verkauft
sein und wir haben keine weiteren neuen Flächen vorrätig um eventuelle zusätzliche
Gewerbesteuereinnahmen in den nächsten Jahren zu regenerieren.

Diese und viele weiter Gründe sprechen dafür dass wir zeitnah handeln sollten.

Denn ich glaube nicht dass sie sehr geehrte Stadträte gern die Entscheidung
treffen wollen den Hebesatz zur Gewerbesteuer zu erhöhen, auf notwendige
Investitionen zu verzichten, die Tilgung auszusetzen oder zu minimieren

oder die sonstigen freiwilligen Leistungen für das Theater, die Vereine usw. zu
streichen oder zu kürzen.

Auch wenn der OB Herr Liebhauser recht hat das unser Kostendeckungsbeitrag
nicht ganz regelkonform ist, sind wir der Meinung das wir den Spielraum in einen
Personalhaushalt von 15.0 Mio. € haben um auch die 0,33 % für die
Wirtschaftsförderung deckeln können, wenn es den gewollt ist.

Dass zusätzliche Mehrkosten aufkommen ist doch noch gar nicht gesagt,
man könnte ja auch aus dem Personal der Verwaltung einen geeigneten
Mitarbeiter oder eine geeignete Mitarbeiterin für die Wirtschaftsförderung gewinnen.

Es geht doch hier um den Grundsatz wollen wir eine Wirtschaftsförderung oder nicht.

Haben wir den Mut und die Weitsicht heute schon zu entscheiden ob wir in die Zukunft unserer Stadt investieren wollen oder nicht.

Dass vieles möglich ist, hat die Verwaltung am jüngsten Beispiel bewiesen,

in dem im Ratskeller schnell, zügig und unbürokratisch ein Testzentrum eingerichtet wurde und Mitarbeiter der Verwaltung hierfür freigestellt wurden.

Was wir grundsätzlich für gut heißen und unterstützen um diese Pandemie zu bekämpfen und unseren Einwohnern die erforderliche und gewünschte Freiheit wieder zu geben.

Jedoch stellt sich uns hier die Frage warum geht die Verwaltung bei den Ausgaben für diese Aufwendungen in Vorkasse –

wenn man weiß, dass diese Aufwendungen durch die Kassenärztliche Vereinigung geprüft werden und frühestens im Jahr 2024 Rückvergütet werden.

ohne dass wir wissen wie lange wir das Testzentrum vorhalten und welche Kosten an dieser Stelle aufkommen.

Bei der Wirtschaftsförderung ist das ähnlich wir müssen auch erst in Vorkasse gehen ehe sich die Leistungen und Ergebnisse der Wirtschaftsförderung im Ergebnis direkt oder indirekt widerspiegeln.

Diesbezüglich werben wir die FDP / FW Fraktion dafür unseren Antrag zu zustimmen.

Sehr geehrte Stadträte

Machen sie Gebrauch von einer der größten Fähigkeiten die uns allen gegeben ist,

dass Sie selbst für sich entscheiden dürfen,

was Gut oder weniger Gut
was wichtig oder unwichtig,
was sinnig oder unsinnig
was innovativ und Zukunftsorientiert zum Wohle unserer Stadt ist.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit